

# Lysbüchel-Schulweg soll sicherer werden

Nach einem tödlichen Unfall muss sich die Regierung mit einer Petition aus dem Quartier befassen.

**Nora Hoffmann**

Kurz vor den Sommerferien kam es im Lysbüchel zu einem tödlichen Unfall auf dem Schulweg. Der Grosse Rat überweist nun am Mittwoch die Petition «Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd, Basel» an die Regierung zur Stellungnahme.

Die Belastung des Quartiers durch Baustellenverkehr sei gross, so Christian C. Moesch (FDP) für die Petitionskommission. Sie hatte dem Grossen Rat einstimmig die Überweisung an die Regierung beantragt. Sie erwarte und fordere, dass in künftigen Ratschlägen zu Schulhausbauten «in einem separaten Kapitel auf die Schulwegsicherheit eingegangen wird und die Schulwege zu einem integralen Bestandteil der Schulhausplanung

werden». Darüber hinaus bittet die Petitionskommission den Regierungsrat – aufgrund der Dringlichkeit der in der Petition geäusserten Anliegen, mit einer

Frist von drei Monaten – um die Beantwortung offener Fragen. Diese stünden in direktem Bezug zur Petition, wie Moesch erläuterte.



Gefährlicher Weg: Blick zum Schulhaus auf dem Lysbüchel-Areal zwischen Voltaplatz und Landesgrenze. Bild: Kenneth Nars

«Mit welchen Massnahmen und bis wann kann die Querung der Elsässerstrasse für Fussgängerinnen und Fussgänger (unter anderem auf Höhe der Volta-

matte) verbessert werden?» Ob der Regierungsrat gedenke, als Sofortmassnahme (wie bei anderen Schulhäusern wie zum Beispiel im Neubad) auf der gesamten Elsässerstrasse Tempo 30 während der Schulwegzeiten einzuführen? Es geht aber auch um grundsätzlichere Verkehrsfragen: Ob nämlich im Zuge des geplanten Ausbaus von Tempo 30 auf dem Basler Strassennetz auf der Elsässerstrasse Tempo 30 eingeführt werde. «Und falls ja, kann diese Einführung beschleunigt werden?»

Weiter will die Petitionskommission von der Regierung wissen, wie gewährleistet werde, dass der Zugang zum Schulhaus Lysbüchel und zu den Grünflächen für die Kinder in jeder Bauphase jederzeit sicher ist. Oder: «Wie wird in Zukunft mit Rückmeldungen und Anlie-

gen von Eltern, Schule und Anwohnenden bezüglich Schulweg- und genereller Verkehrssicherheit umgegangen?»

«Leider muss immer etwas passieren, bis etwas passiert», so GAB-Sprecherin Tonja Zürcher (Basta), die auch gleich für die SP sprach. Die laufenden Überprüfungen seien sehr wichtig. Sie hoffe aber, dass es nicht Ewigkeiten dauere. Ausserdem wisse man von verschiedenen Eltern, welche sich in ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlten. «Es braucht längerfristige Massnahmen», so Zürcher. Sie sei gespannt auf die Antworten der Regierung. «Es geht aber nicht nur um Worte, sondern um Taten.»

Der Regierungsrat muss nun innert der beschleunigten Frist von drei Monaten Antworten liefern.

---

«Es muss immer etwas passieren, bis etwas passiert.»

**Tonja Zürcher**  
Sprecherin GAB

---